

Protokoll Nr. 15 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ des Beirats Schwachhausen am 08.02.2022 – als Videokonferenz

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 20:50 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss Gudrun Eickelberg
 Jörg Findeisen
 Jörg Henschen
 Klaus-Peter Land
 Jörn H. Linnertz
 Dr. Hans-Peter Volkmann
 Johannes Weiler
- b) als beratende Fachausschussmitglieder
 Sandor Herms Herms
 Julius Fehrmann
- c) vom Beirat Dr. Christine Börner
- d) vom Ortsamt Sarai Auras
 Ralf Möller

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. 14 vom 15.09.2021

Das Protokoll Nr. 14 der letzten Sitzung am 15.09.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 2: Berichterstattung

Herr Möller berichtet:

- Das Antwortschreiben des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) zum Beiratsbeschluss „Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ostpreußischen Straße“ vom 15.07.2021¹ liege vor und laute wie folgt:

Bezugnehmend auf den Beiratsantrag vom 19.07.2021 „Verkehrsberuhigung in der Ostpreußischen Straße“ möchten wir Ihnen mitteilen, das nach Vorliegen der Auswertung der Geschwindigkeitsmesstafel sich folgender Sachverhalt ergibt.

Die Ostpreußische Straße ist Teil einer Tempo-30-Zone.

Aufgrund des niedrigen DTV (durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke) von 287 bzw. 321 Fahrzeugen pro Richtung und der wenigen Tempoüberschreitungen, die durchschnittliche Geschwindigkeit von 85 % der Fahrzeuge liegt bei 32 bzw. 33 km/h, sehen wir aus straßenverkehrsbehördlicher Sicht keine Notwendigkeit für Verkehrsberuhigungen.

Die Polizei sollte regelmäßige Verkehrskontrollen durchführen, da es sich um Fehlverhalten einzelner Verkehrsteilnehmer handelt und diese nicht mit Mitteln der Straßenverkehrsbehörde unterbunden werden können.

Die Geschwindigkeitsmesstafel habe im Zeitraum vom 11.10.2021 bis 24.01.2022 folgende Ergebnisse geliefert:

¹ Zum Beschluss siehe [Protokoll Nr. 13](#) (TOP 2) der gemeinsamen Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ mit dem Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ des Beirats Vahr am 15.07.2021.

- Anteil an Geschwindigkeitsübertretungen im Durchschnitt pro Woche: zwischen 12 und 22 Prozent;
- wöchentlicher V-85-Wert (von 85 Prozent der Kfz-Führenden wird dieser Geschwindigkeitswert nicht überschritten): zwischen 29 und 33 km/h.

Ein Anwohner bittet darum, dass der Beirat beim ASV nochmals die Umsetzung verkehrsberuhigender Maßnahmen anfordern möge.

Herr Land weist darauf hin, dass in der Ostpreußischen Straße möglicherweise eine Fahrradstraße eingerichtet werden könnte.² Da die Straße sowohl in Schwachhausen als auch in der Vahr liege, müsse Weiteres gemeinsam mit dem Beirat Vahr besprochen werden.

- Herr Möller schlägt für den Sommer eine gemeinsame Begehung mit dem Landesbehindertenbeauftragten zu dem Thema „Barrierefreiheit auf Gehwegen“ an ausgewählten Standorten in Schwachhausen vor. Der Fachausschuss begrüßt den Vorschlag. Frau Eickelberg schlägt den Bereich Wachmannstraße/ Benqueplatz für eine Begehung vor. Herr Möller regt an, zunächst den Landesbehindertenbeauftragten um geeignete Vorschläge zu bitten. Der Seniorenvertreter Schwachhausens möchte gerne an der Begehung teilnehmen und bittet um Einladung.
- Am 12.11.2021 habe die Arbeitsgruppe „Fahrradquartier Gete-Viertel“ einen ersten Ortstermin durchgeführt, an dem Herr Dr. Volkmann, Herr Land, Frau Dr. Börner, Frau Dr. Helling, Herr Henschen und er teilgenommen hätten.³ Wie Herr Land mitteilt, habe er einen Vermerk über den Ortstermin erstellt, der sich derzeit noch in der Abstimmung befinde.
- Zum Sachstand bezogen auf mögliche Verbesserungen für den Radverkehr in der H.-H.-Meier-Allee im Zuge des Baus der Fernwärmetrasse habe das ASV am 01.02.2022 Folgendes mitgeteilt:⁴

Zum Projekt H.-H.-Meier-Allee hat eine erste Abstimmung mit Wesernetz bezüglich Bauabschnitten und Terminplanung stattgefunden. Ebenso wurden erste Gestaltungsvarianten zwischen dem ASV und SKUMS [Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau] diskutiert. Diese werden in der folgenden Projektarbeit vertieft und können zu gegebener Zeit im Beirat vorgestellt werden. Den genauen Zeitpunkt kann ich Ihnen leider noch nicht nennen, da aufgrund der geringen Personalkapazitäten in unserem Referat Teile der Planungsleistungen voraussichtlich extern vergeben werden müssen.

Im Gespräch mit Wesernetz hat sich jedoch bereits herauskristallisiert, dass Umgestaltungen, die Markierungsarbeiten beinhalten, sinnvollerweise erst nach Abschluss der Arbeiten an der Fernwärmetrasse in einem Zug erfolgen sollten, um eine einheitliche Verkehrsführung in der H.-H.-Meier-Allee zu jederzeit zu gewährleisten.

Sobald uns konkrete Planungsinhalte zu den möglichen Varianten vorliegen, werden wir uns gerne mit dem Beirat dazu abstimmen.

Herr Land bittet eindringlich darum, dass der Beirat frühzeitig in die Planungen einbezogen werde.

- Der Bau der Fernwärmetrasse habe heute mit dem ersten Spatenstich begonnen.
- Der grobe zeitliche Ablauf des Baus der vorgesehenen Straßenbahnqueranbindung zwischen Hemelingen und Vahr sehe wie folgt aus:
 - Start Baurealisierung 2022 – Benningsenstraße und Stresemannstraße
 - Hauptbauleistungen 2024 – Steubenstraße aufgrund der Maßnahme „Zeppelin-tunnel“
 - Abschluss 2025

² Ein entsprechender Beschluss wurde in der Beiratssitzung am 20.01.2022 gefasst, siehe [Protokoll Nr. 22](#) mit der dazugehörigen Anlage 5 [Beschlussvorschlag GRÜNE zum B-Plan 2518 und zur Ostpreußischen Straße](#).

³ Zum Hintergrund siehe [Protokoll Nr. 14](#) (TOP 4) der Fachausschusssitzung „Verkehr“ am 15.09.2021 mit der dazugehörigen Anlage 1 [Antwort SKUMS zum Fahrradquartier Gete](#).

⁴ Zuletzt beraten wurde die Thematik in der Fachausschusssitzung „Verkehr“ am 15.09.2021, siehe [Protokoll Nr. 14](#) (TOP 6).

- Baumfällarbeiten Anfang 2022 – Start im Januar

Im Zuge der geplanten Arbeiten sei zudem von der hanseWasser Bremen GmbH die Erneuerung des Hauptsammlers vorgesehen, der in Teilen unter der Stresemannstraße und Bennigsenstraße erneuert werde.

Schwachhausen werde aufgrund der Maßnahmen indirekt durch die Umleitungs-/Ausweichverkehre betroffen sein.

Die Antwort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) vom 02.02.2022 zum Planungsstand der Regelung der Umleitungsverkehre beim Bau der Straßenbahnquerverbindung Ost laute wie folgt:

Zu Ihrer Anfrage kann ich nach Rücksprache mit dem ASV folgendes mitteilen: Leider haben wir seitens der BSAG, die mit den Planungsleistungen zur Haltestelle Barbarossastraße betraut ist, coronabedingt noch keine Antwort zum aktuellen Sachstand bzw. weiteren Ablauf erhalten. Ein Zeithorizont zum Planungsablauf kann daher von hier nicht genannt werden. Vor diesem Hintergrund geben wir zu Frage 1 den uns bekannten Sachstand weiter, um die Antwort an den Beirat nicht weiter zu verzögern. Die Planungen zur Haltestelle Barbarossastraße befinden sich aktuell am Ende des Vorplanungsstadiums. Derzeit wird hierzu eine Variantenmatrix zur Auswahl der Vorzugsvariante auch unter Berücksichtigung des Zusammenhangs mit dem B-Plan 2518 aufgestellt und ausgewertet. Nach Abschluss der Variantenauswahl können dann die weiteren Planungsschritte bzw. die Einleitung der erforderlichen planrechtlichen Verfahren erfolgen. Hinsichtlich der baustellenbedingten Verkehre/ Umleitungsverkehre im Zusammenhang mit der Realisierung der „Linie 2 verbindet“ (ehem. Querverbindung Ost) ist davon auszugehen, dass nach erfolgter Präzisierung der weiteren Bauablaufplanungen hierzu Aussagen gegen Ende der 1. Jahreshälfte 2023 erfolgen können.

TOP 3: Anhörungen/ erbetene Stellungnahmen des Amtes für Straßen und Verkehr

Eingeschränktes Halteverbot in der Hartwigstraße

Wie Herr Möller darlegt, sei der Wunsch einer zeitlich beschränkten „Ladezone“ in der Hartwigstraße vom Wachmannstraßenverein an das Ortsamt herangetragen worden. Bei dem „Jour Fixe Verkehr“ am 26.01.2022 sei die Situation von Vertretungen des ASV, der Polizei, des Ortsamtes und dem stellvertretenden Sprecher dieses Ausschusses vor Ort in Augenschein genommen und der Vorschlag befürwortet worden.⁵

Herr Dr. Volkmann und Frau Dr. Börner sehen die Anordnung eines eingeschränkten Halteverbots aufgrund der Parkplatzknappheit in diesem Gebiet kritisch.

Herr Land erinnert daran, dass die Schaffung einer Liefermöglichkeit bereits seit Langem vorgesehen sei, da die parkenden Lieferfahrzeuge oftmals die Durchfahrt der Straßenbahn behinderten. Seit einigen Monaten könnten die Parkbuchten aufgrund einer Baustelle nicht zum Parken genutzt werden.

Er regt an, dass das Zusatzzeichen „Ladezone“ ergänzt werde, wie es z.B. auch in der Neustadt vorhanden sei.

Frau Eickelberg ergänzt, dass Lieferfahrzeuge oft auch auf Rad- und Gehwegen parkten, sodass der Radverkehr auf die Straßenbahnschienen ausweichen müsse. Sie gibt zu bedenken, dass die Breite der Parkbuchten von zwei Metern möglicherweise nicht für Lkw und ggfs. Transporter ausreiche, sodass es weiterhin zu Schwierigkeiten mit vorbeifahrenden Straßenbahnen kommen könnte.

Herr Raschkewitz (Polizeirevier Schwachhausen) betont die Notwendigkeit, eine geregelte Abstellmöglichkeit für die zunehmende Anzahl an Lieferfahrzeugen zu schaffen, da es bereits Unfälle des Radverkehrs gegeben habe.

Da sich keine Einstimmigkeit im Fachausschuss erzielen lässt, einigt sich dieser darauf, das Thema erneut in einer Beiratssitzung aufzurufen und bis dahin die offenen Fragen zu klären.

⁵ Die Anhörung mit Details ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

TOP 4: Verkehrssituation im Bereich der Grundschule Baumschulenweg

Herr Möller erinnert eingangs daran, dass sich der Beirat seit Jahren mit diesem Thema befasse und zuletzt das ASV um eine Kostenschätzung im Rahmen seines Stadtteilbudgets zur Verengung des dortigen Straßenraums gebeten hatte. Der Umsetzungsbeschluss sei dann jedoch zurückgestellt worden, weil eine Einengung der Hochpflasterung die Sanierung der Schule behindert hätte.⁶

Herr Land weist darauf hin, dass im Dezember 2021 eine Aktion von u.a. Eltern und Schüler*innen stattgefunden habe, um auf die prekäre Verkehrssituation vor der Schule aufmerksam zu machen. Die damals angedachte Maßnahme einer Einengung der Hochpflasterung halte er für überholt, da sich nach Einschätzung der Betroffenen die Situation dadurch noch unübersichtlicher gestalten würde.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstütze die Initiative der Eltern, Kinder und Schulleitung der Grundschule Baumschulenweg, aus dem Abschnitt zwischen Zufahrt zum Getränkemarkt und Zufahrt zu den Parkplätzen des Sportvereins Bremen 1860 eine „Schulstraße“ zu machen. Daher habe sie einen entsprechenden Antrag formuliert, in dem SKUMS aufgefordert werde, geeignete Vorschläge zur Umsetzung dieser Maßnahme zu entwickeln und die Maßnahme vor dem Beginn des nächsten Schuljahres zu realisieren.⁷ Die Straße könnte zum Beispiel durch Poller oder eine Schranke zweimal täglich zu den Stoßzeiten für jeweils etwa eine halbe Stunde gesperrt werden.

Der Geschäftsführer des Sportvereins Bremen 1860 wäre gerne vorab in die Überlegungen involviert worden, da der Verein mit seinen 6.000 Mitgliedern auch von einer Sperrung betroffen wäre. Er halte die gegenwärtige Regelung eines Tempolimits auf 10 km/h für sehr gut und ausreichend. Bei einer Sperrung der Straße rechne er mit Folgeproblemen, wie mit einer Verlagerung des Verkehrs.

Herr Dr. Volkmann erinnert daran, dass damals bereits über eine Sperrung diskutiert, diese aufgrund von Folgeproblemen und aus Gründen der Rücksichtnahme auf Bremen 1860 und andere Anlieger*innen vom Beirat jedoch nicht befürwortet worden sei.

Der Schulleiter der Grundschule Baumschulenweg sieht eine Lösung zur Verbesserung der Verkehrssituation als dringend erforderlich an und unterstützt den Vorschlag einer zeitweisen Straßensperrung. Er weist darauf hin, dass sich kaum jemand an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 10 km/h halte und er bereits viele katastrophale Situationen erlebt habe. Seiner Einschätzung nach handele es sich zu den Stoßzeiten kaum um Fahrzeuge, die von der H.-H.-Meier-Allee aus den Sportverein ansteuerten, zumal es sich bei einer Sperrung auch um eine kurze Zeitspanne handeln würde.

Herr Linnertz hält eine breitere Bürger*innenbeteiligung für erforderlich. Eine Sperrung könne er sich ggfs. zunächst einmal auf Probe vorstellen. Bezüglich der Geschwindigkeitsüberschreitungen schlägt er vor, dass dort eine Überwachung von Seiten der Polizei vorgenommen werde.

Herr Raschkewitz teilt die Beobachtung, dass das Tempolimit 10 km/h kaum beachtet werde und teilt mit, dass dort bereits Messungen vorgenommen worden seien. Er bietet an, dort nochmals Kontrollen vorzunehmen. Eine Sperrung sei seiner Auffassung nach einen Versuch wert.

Herr Henschen und Frau Eickelberg betonen – in Bezug auf die von der CDU und Bremen 1860 angesprochene Interessensabwägung – dass in der Abwägung die Gesundheit und Sicherheit der Kinder eindeutig Priorität haben sollte.

Herr Land schlägt vor, das Thema in einer Beiratssitzung erneut aufzurufen und ggfs. weitere Beteiligte zu dieser Sitzung einzuladen. Er bietet an, den Antrag dahingehend zu modifizieren, dass eine versuchsweise Sperrung mit einer anschließenden Analyse vorgenommen werde.

⁶ Siehe [Protokoll Nr. 22](#) der Fachausschusssitzung „Verkehr“ am 29.01.2018 mit der Anlage 2: [Präsentation Verkehrssituation an der Grundschule Baumschulenweg](#), [Protokoll Nr. 24](#) der Sitzung am 30.05.2018 mit der Anlage 2: [Stadtteilbudget – Einengung Hochpflasterung Baumschulenweg](#) sowie [Protokoll Nr. 25](#) der Sitzung am 25.06.2018.

⁷ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

Der Fachausschuss zeigt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

TOP 5: Stadtteilbudget⁸

Fahrbahnsanierung der Carl-Schurz-Straße

Herr Möller weist darauf hin, dass die vom Beirat beschlossenen Kostenschätzungen zur Fahrbahnsanierung der Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße nun vorliegen.⁹ Die Antwort des ASV hierzu laute:

Für eine detaillierte Kostenbetrachtung wurde der Abschnitt der Carl-Schurz-Straße in zwei Bereiche aufgeteilt und für diese jeweils die Hauptvarianten

- *Großpflaster ausbauen und durch bituminösen Asphalt ersetzen sowie*
- *vorhandenes Großpflaster umpflastern (Großpflaster raus, Unterbau herrichten, Großpflaster wieder einsetzen und ggf. vergießen)*

betrachtet.

Im Detail ergeben sich folgende geschätzten Kosten für die jeweiligen Varianten:

1) Von der Georg-Gröning-Straße bis zum Gustav-Pauli-Platz (inklusive Kreuzungsbereich Georg-Gröning-Str.) - ca. 690 m²

Großpflaster ausbauen und durch bituminösen Asphalt ersetzen:

ohne Rinnensanierung ca. 198.000 €

inklusive Rinnensanierung ca. 227.000 €

Vorhandenes Großpflaster umpflastern:

ohne Verguss und ohne Rinne ca. 67.000 €

mit Verguss und ohne Rinne ca. 100.000 €

mit Verguss und Rinne (neu) ca. 129.000 €

2) Vom Gustav-Pauli-Platz bis zur Wachmannstraße – ca. 1.000 m²

Großpflaster ausbauen und durch bituminösen Asphalt ersetzen:

ohne Rinnensanierung ca. 287.000 €

inklusive Rinnensanierung ca. 339.000 €

Vorhandenes Großpflaster umpflastern:

ohne Verguss und ohne Rinne ca. 97.000 €

mit Verguss und ohne Rinne ca. 145.000 €

mit Verguss und Rinne (neu) ca. 195.000 €

Zudem hatte der Beirat um eine Beurteilung gebeten, ob eine mittige provisorische Sanierung in Form eines Asphaltstreifens möglich ist. Nach Aussage unserer Erhaltungsabteilung ist eine derartige Sanierung nicht sinnvoll, da aufgrund der vorhandenen Verformungen der Gesamtfahrbahn der Sanierungsbereich erheblich größer sein müsste als der gewünschte Asphaltstreifen. Die voraussichtlichen Kosten würden sich in einem Bereich der oben genannten „Vollvarianten“ bewegen. Damit wäre eine wirtschaftliche Verwendung der Haushaltsmittel nicht gegeben.

Das ASV bittet um Mitteilung, ob eine Sanierung in einer der aufgezeigten Varianten zu Lasten des Stadtteilbudgets umgesetzt werden soll.

Herr Land merkt an, dass nur eine Asphaltierung und Sanierung inklusive der Rinnen sinnvoll sei sowie die Berücksichtigung des gesamten Straßenquerschnitts, da auch die Geh- und Radwege als Schulweg hochfrequentiert seien. Die kalkulierten Kosten in Höhe von 566.000 €, plus möglicherweise Kosten für eine Sanierung bzw. Umgestaltung der Nebenanlagen, übersteige das Budget des Beirats bei Weitem. Da dieser Abschnitt der Carl-Schurz-Straße dringend sanierungsbedürftig sei und eine hohe Priorität aufweise – auch vor dem Hintergrund der wichtigen Verbindungsrouten für den Radverkehr sowie des hochfrequentierten Schulwegs – könne er sich vorstellen, dass der Beirat sich an den Kosten beteilige.

⁸ Dem Beirat stehen aktuell noch 328.256,88 € aus seinem Stadtteilbudget zur Verfügung.

⁹ Zum Hintergrund siehe [Protokoll Nr. 14](#) und [Protokoll Nr. 11](#) der Fachausschusssitzungen „Verkehr“ am 15.09.2021 bzw. 28.04.2021 sowie [Protokoll Nr. 17](#) der Beiratssitzung am 27.05.2021 (siehe TOP 4, b).

Herr Linnertz betont, dass das Stadtteilbudget nicht dafür da sei, die Regelaufgaben des ASV zu übernehmen. Aber auch er könne sich beispielsweise einen Zuschuss in Höhe von 100.000 € aus dem Stadtteilbudget vorstellen.

Herr Weiler und Herr Henschen schließen sich ihren Vorrednern an, wobei Herr Henschen bei der Einbeziehung der Nebenanlagen die Gefahr noch höherer Kosten und damit ein Scheitern des Vorhabens befürchte.

Die Mehrheit des Ausschusses spricht sich dafür aus, dass die Sanierung der Nebenanlagen mit in einen Beschluss aufgenommen werden sollte.

Der Fachausschuss einigt sich auf folgenden Beschlussvorschlag:

Der Abschnitt der Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße ist dringend sanierungsbedürftig. Die Zuständigkeit einer Sanierung liegt beim ASV als Erhaltungsträger. Der Beirat ist jedoch bereit, sich zu Lasten seines Stadtteilbudgets an der Umsetzung zu beteiligen. Das ASV wird aufgefordert, den Straßenabschnitt mit einer Neuasphaltierung zu sanieren. Bei der Sanierung ist der gesamte Straßenquerschnitt zu berücksichtigen ist, inklusive einer Sanierung der Rinnen und der Neugestaltung der Nebenanlagen. Das ASV wird um Entwicklung und Vorlage eines entsprechenden Konzepts gebeten.

Herr Möller lässt über diesen Beschlussvorschlag abstimmen: Der Fachausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Sachstand: Parkplätze und Baumschutz im Schwachhauser Ring

Bezüglich des Rückbaus der Überfahrten im Schwachhauser Ring sei gemäß Herrn Möller eine Kostenschätzung in Höhe von 10.000 € von Seiten des Umweltbetrieb Bremens (UBB) eingegangen, in der baumschädigende Maßnahmen aufgeführt gewesen seien.¹⁰ Der Aufforderung, die Kostenschätzung den fachlichen Anforderungen entsprechend anzupassen, habe der UBB abgelehnt und eingefordert, dass im Vorfeld einer Kostenschätzung zukünftig SKUMS eingebunden werde. Im Weiteren habe der UBB vorgeschlagen, dass der Sachverhalt erneut bei einem Orts-termin mit dem ASV, der Grünordnung, ggfs. dem Landesamt für Denkmalpflege und dem UBB erörtert werde. Er bittet den Fachausschuss um Äußerung zum weiteren Vorgehen.

Herr Dr. Volkmann weist noch einmal eingehend darauf hin, dass sich die CDU gegen diese Maßnahme ausspreche. Aus Sicht der CDU gebe es im Stadtteil prioritärere Maßnahmenbedarfe (z.B. für Wegesanierungen).

Herr Land betont, dass dringender Handlungsbedarf bzgl. der zum Teil sehr dicht an den Bäumen parkenden Kfz bestehe. Eine Kostenschätzung für die Baumschutzbügel liege noch nicht vor.

Herr Henschen stimmt dem zu und ergänzt, dass nur er den Wunsch einer Finanzierung des weiteren Rückbaus der Überfahrten geäußert habe, der Baumschutz jedoch einhellig als prioritäre Maßnahme gesehen worden sei.

Frau Eickelberg schlägt daraufhin vor, fachliche Vorschläge zum Schutz und zur Entwicklung der Bäume im Straßenbegleitgrün des Schwachhauser Rings einzuholen.

Herr Möller lässt über diesen Vorschlag abstimmen: Der Fachausschuss stimmt dem bei einer Enthaltung (CDU) einstimmig zu.¹¹

Zu der vom Beirat beschlossenen Anbringung von Sitzbänken am Schwachhauser Ring habe der UBB gemäß Herrn Möller mitgeteilt, dass die Umsetzung noch dauere, da es aufgrund von Lieferengpässen derzeit keine Sitzbänke gebe.

Sachstand: Poller in der Wätjenstraße

¹⁰ Siehe [Protokoll Nr. 12](#) der Fachausschusssitzung „Verkehr“ am 22.06.2021 mit der Anlage 3: [Vermerk Ortstermin Schwachhauser Ring](#) und [Protokoll Nr. 14](#) der Sitzung am 15.09.2021.

¹¹ Herr Linnertz war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Herr Möller weist daraufhin, dass laut UBB sechs von sieben Baumschutzbügeln eingebaut worden seien und eine Information folgen werde, wenn die Maßnahme abgeschlossen sei.

TOP 6: Standortfestlegung für Geschwindigkeitsmesstafeln (GMTs)

Herr Möller erläutert eingangs, dass sich die beiden GMTs derzeit in der Ostpreußischen Straße in Fahrtrichtung Kurfürstenallee sowie in der Carl-Schurz-Straße vor der Grundschule in Fahrtrichtung Wachmannstraße befänden. Der Anteil an Geschwindigkeitsübertretungen habe in der Carl-Schurz-Straße vom 29.09.2021 bis 24.01.2022 im Durchschnitt zwischen 10 und 18 Prozent pro Woche gelegen. Der wöchentliche V-85-Wert (von 85 Prozent der Kfz-Führenden wird dieser Geschwindigkeitswert nicht überschritten) habe zwischen 29 und 31 km/h gelegen.¹²

Anschließend verweist Herr Möller auf die größtenteils von Bürger*innen eingebrachten Standortvorschläge für die Aufstellung der GMTs.¹³

Herr Land schlägt angesichts der mit dem Bau der Fernwärmetrasse einhergehenden Umleitung durch die Emmastraße vor, beide GMTs zunächst dort in Fahrtrichtung Parkallee aufstellen zu lassen (Nr. 2 und 3 der Anlage 3). Dort seien – in Anbetracht des erhöhten Verkehrsaufkommens – Halteverbote angeordnet, sodass überhöhte Geschwindigkeiten zu erwarten seien. Nach Ablauf von drei Monaten könne eine GMT wieder in der Parkallee aufgestellt werden (Nr. 9).

Anwohner der Ostpreußischen Straße weisen darauf hin, dass der problematische Verkehr in die andere Richtung der Ostpreußischen Straße fließe und bitten eingehend darum, dass die GMT noch einmal umgedreht werde, um auch Ergebnisse der anderen Fahrtrichtung zu erhalten.

Eine Bürgerin bittet darum, noch vor den Sommerferien eine GMT im Schulbereich des Baumschulenswegs aufzustellen.

Herr Henschen schlägt die Berücksichtigung der Ostpreußischen Straße vor und spricht sich, anstelle der Aufstellung einer GMT, für die Aufstellung von Blitzern im Baumschulensweg aus.

Der Fachausschuss einigt sich schließlich einvernehmlich auf folgendes Vorgehen:

1. Eine GMT wird im Baumschulensweg im Bereich der Schule angebracht, die zweite in die andere Fahrtrichtung der Ostpreußischen Straße, sofern nicht der Beirat Vahr bereit ist, seine GMT in der Ostpreußischen Straße aufzustellen. Sollte der Beirat Vahr diesen Standort übernehmen, wird der Standort Emmastraße (Nr. 3) vorgezogen.¹⁴
2. Nach drei Monaten werden die GMTs verlegt in die Emmastraße zwischen H.-H.-Meier-Allee und Thomas-Mann-Straße (Nr. 3) in Richtung Parkallee sowie an den vorigen Standort der Parkallee in Richtung Am Stern.

TOP 7: Verschiedenes

Querung Schwachhauser Heerstraße/ Kurfürstenallee für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen (in Höhe St. Josef-Stift)

Das ASV habe hierzu gemäß Herrn Möller mitgeteilt, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren eine umfassende Prüfung der Ampelschaltungen an diesem Knotenpunkt durch ein Planungsbüro vorgesehen sei, um Verbesserungen für den Radverkehr zu erzielen. Dass eine solche Prüfung nicht sofort vorgenommen werden könne, hänge laut ASV mit den festgelegten Prioritäten und den zur Verfügung stehenden Mitteln zusammen.

Radweg Buchenweg

Wie Herr Möller auf Nachfrage mitteilt, wird diese Thematik zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen.

¹² Zu den Werten der Ostpreußischen Straße siehe TOP 2.

¹³ Die Standortvorschläge sind in der **Anlage 3** aufgeführt. Zuletzt wurden in der Fachausschusssitzung „Verkehr“ am 22.06.2021 die Standorte festgelegt, siehe [Protokoll Nr. 12](#) mit der Anlage 6: [GMT-Liste](#).

¹⁴ Nachtrag: Der Beirat Vahr verfügt über keinen mobilen Haltemast, um seine GMT dort aufstellen zu lassen.

Bürgeranliegen: Kreisverkehr im Bereich Elsasser Straße, Verdunstraße, An der Gete, Friedrich-Karl-Straße

In diesem Kreuzungsbereich gilt die Rechts-vor-Links-Regelung. Gemäß dem ASV wäre die Einrichtung eines Kreisverkehrs nur in Verbindung mit baulichen Umbaumaßnahmen möglich, was erhebliche Kosten verursachen würde.

Bürgeranliegen: 5-Meter-Bereiche in der Brahmsstraße/ Albrecht-Dürer-Straße (Müllfahrzeuge)

Ein Bürger weist darauf hin, dass die Müllabfuhr von der Albrecht-Dürer-Straße aus – aufgrund parkender Kfz – oftmals nicht in die Brahmsstraße einbiegen könne. Er bittet darum, dass auch in der Albrecht-Dürer-Straße Schraffuren an den 5-Meter-Bereichen angebracht werden.

Laut Herrn Raschkewitz handele es sich bei dieser Örtlichkeit um keinen Schwerpunkt, sondern um gelegentliche Einsätze der Polizei und in Schwachhausen seien viele Örtlichkeiten von diesem Problem betroffen. Sei kein Vorbeikommen der Müllabfuhr möglich, würde die Polizei die Halter*innen der entsprechenden Fahrzeuge ausfindig machen bzw. die Fahrzeuge abschleppen lassen. Alternativ sei nur die Anbringung von Pollern auf dem Gehweg oder einseitiges Parken am rechten Fahrbahnrand möglich.

Herr Möller sagt zu, dieses Anliegen nochmals wieder aufzurufen.

Banner „Abstand halten“

Herr Land fragt bei der Polizei an, ob die Banner wieder aufgehängt würden. Herr Raschkewitz teilt mit, dass diese im vergangenen Herbst von der Polizei eingesammelt und gereinigt worden seien und gerne wieder an den vorigen Standorten in der Parkallee/ Am Stern und in der Riensberger Straße angebracht werden könnten. Darüber hinaus könne ein Banner an einem weiteren Standort angebracht werden.

Umleitungsstrecke für den Radverkehr (Baustelle Fernwärmetrasse)

Herr Land bemängelt, dass der Radverkehr im Zuge der Baustelle in der H.-H.-Meier-Allee offiziell über die Crüsemannallee umgeleitet werde und nicht über einen deutlich kürzeren Weg, wie z.B. über die Thomas-Mann-Straße.

Herr Möller sagt zu, dass das Ortsamt diesen Hinweis weitergeben werde.¹⁵

Sprecher	Vorsitz	Protokoll
Dr. Volkmann	Möller	Auras

¹⁵ Nachtrag: Das ASV hat sich für diese Variante entschieden, weil an der Kreuzung Crüsemannallee/ Schwachhauser Ring die Möglichkeit besteht, signalisiert die Straße, in diesem Fall den Schwachhauser Ring, zu überqueren. Zudem darf der Radverkehr den Gehweg in der H.-H.-Meier-Allee nutzen.